



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/150

1. Juli 1950

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Wahl in Schleswig-Holstein	S.1
Aufrüstungspropaganda in Prag	S.3
Flüchtlingsparteien (Staatsminister Alfred Kubel)	S.4

## Wahlen im ärmsten Bundesland

-dt. Am kommenden Sonntag wird in Schleswig-Holstein der Landtag neu gewählt. Drei Jahre Regierungspolitik der bisherigen sozialdemokratischen Mehrheit stehen unter dem Gericht des Volkes in einem Land, das die ärmsten Kassen, die meisten Flüchtlinge, und, daraus zwangsläufig resultierend, die krassesten sozialen Differenzen von allen Bundesländern hat und das - ebenfalls einmalig in dieser Form - einen Hedler hervorgebracht hat. Es greift eins ins andere, die Dynamik der Armut gebiert die Superlative, die dem Lande das Signum geben.

Regierungsparteien können heute in keinem Lande Deutschlands Lorbeeren ernten, am allerwenigsten in Schleswig-Holstein. Das weiss auch die Opposition und eine Analyse des bisherigen Wahlkampfes zeigt, dass die Opposition nicht so sehr danach strebt, ans Ruder zu kommen, als die Regierungspartei, die SPD zu diffamieren. Sie nennt es, die Macht der SPD brechen, aber sie sagt nicht, dass die SPD diese Macht vom Volk legal bei den letzten Wahlen erhalten hat und sie verschweigt vor allem, dass die SPD diese Macht zu allen Zeiten demokratisch ausgeübt hat, mit den ewig leeren Staatskassen als stärkstem Hindernis gegen eine eigene, rein sozialdemokratische Politik.

Neun Parteien werben um die Gunst des Wählers. Es sind 69 Mandate zu vergeben, davon 46 im direkten Wahlgang, 23 auf der Landesliste. Technisch wird die Wahl stark beeinflusst durch das neue Wahlgesetz, dessen Legalität vom Oberverwaltungsgericht in Lüneburg kürzlich bestätigt wurde. Es sieht vor, dass Parteien, die sich zu Wahlbündnissen zusammenfinden, auf die Reststimmen der Landesliste verzichten müssen. Drei Parteien, CDU, FDP und DP, haben sich ungeachtet dessen zu einem Wahlblock zusammengesetzt, um vorübergehend geeint im direkten Wahlgang soviel Kreise wie möglich zu erobern. Auf dem Papier macht dieser Entschluss keine schlechte Figur; in der Praxis dürfte es etwas anders aussehen. Zum ersten Mal tritt bei einer Landtagswahl eine organisierte Flüchtlingspartei (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten - BHE) auf den Plan, das wirft alle Kalkulationen auf der früheren Basis über den Haufen, weil angenommen werden kann, dass in diesem grössten Flüchtlingsland eine Partei der Vertriebenen mit entsprechendem Gewicht auftreten wird.

Zudem hat die letzte Entwicklung eine ungünstige Situation für die an der Landesliste nicht beteiligten Parteien gebracht. Die drei Wahlblock-Parteien haben auf die Landesliste verzichten müssen; BHE, SRP und DRP haben in einigen Bezirken die Bedingungen zur Beteiligung an der Landesliste nicht erfüllen können (300 Unterschriften für jeden direkten Kandidaten in jedem Kreis, fehlende Unterlagen der Kandidaten), auch diese Parteien scheiden also als Anwärter auf die Landesliste aus. Es verbleiben SPD, KP und SSW (Südschleswigsche Wählervereinigung). Da man annimmt, dass die KP im ganzen Lande nicht die erforderlichen fünf Prozent erreichen wird, so dass also auch ihr Anspruch auf die Landesliste automatisch erlischt, werden sich SPD und SSW in die Landesliste teilen. Für die SSW kommen wohl nur die nördlichen Teile des Landes infrage, so dass der SPD der Löwenanteil an den 23 indirekten Mandaten gesichert erscheint.

anhand  
Prognosen der Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen sind bei Schleswig-Holstein unangebracht. Stärker noch als an Rhein und Ruhr interessiert die Frage, wieweit die Rechtsradikalen in einem sozial so stark differenzierten Land Fuss gefasst haben, wieweit der Hedlerismus eine Einzelerscheinung geblieben oder eine Massenbewegung geworden ist. Desgleichen wird in Schleswig-Holstein die Probe aufs Exempel einer Flüchtlingspartei gemacht. Zweifellos wird das Abschneiden des BHE ähnlich geartete Bestrebungen in anderen Ländern stark beeinflussen. Man kann also auf den Ausgang dieser Wahlen noch mehr gespannt sein, als auf den der kürzlichen Wahlen von Nordrhein-Westfalen.

Säbelraesseln an der Moldau

Von unserem Mitarbeiter für Fragen der Tschechoslowakei

K. Nach den gross angekündigten und bereits in vollem Gang befindlichen Reinigungsaktionen in der tschechischen Armee hat ein regelrechtes Aufputschen der Kriegslust und eine Serienpropaganda für den Wehrgedanken in der CSR eingesetzt.

Den Auftakt dazu gab Kriegsminister Alexej Cepicka im kommunistischen Hauptblatt "Rudé Pravo", in dem er die Forderung aufstellte, dass "der Wehrgedanke das gesamte öffentliche Leben durchpulsen müsse". Zur bolschewistischen Ausrichtung der Armee wurden die Vollmachten der sogenannten "Stellvertreter der Kommandanten für politische Angelegenheiten", also der politischen Kommissare nach Sowjetmuster, ausserordentlich verbreitert. Weiter forderte Cepicka Erhöhung des Kampfwertes der Armee, zu welchem Zweck gerade jetzt eine neue Dienstverordnung und eine neue Garnisonsvorschrift herausgebracht werden, die vor allem einer Festigung der locker gewordenen Disziplin dienen sollen. Auch eine weitere Verschärfung der Massnahmen gegen "schlechte und unfähige Kommandeure" kündigte der tschechische Kriegsminister an. Die verstärkte Sonderstellung der politischen Kommissare wurde auch noch <sup>in einem</sup> in der Presse veröffentlichten Armeebefehl unterstrichen, in dem auch die Vorrangstellung der kommunistischen Parteiorganisationen innerhalb der Truppenverbände hervorgehoben wird.

Schliesslich wurden dieser Tage, selbstverständlich in Anwesenheit des sudetendeutschen Kommunisten und Oberspitzels der Armee, Rejcin (Reizinger), die <sup>die</sup> Militärakademie in Königgrätz verlassenden neuen Fliegeroffiziere im Rahmen einer gross aufgezogenen militärischen Kundgebung übernommen. Auch hier kündigte Cepicka eine Verstärkung der Kampffähigkeit der Armee an, worauf auch die besondere Sorgfalt für den Ausbau des Militärflugwesens zurückzuführen sei. "Wir haben heute", so erklärt drohend der Minister, "alle Voraussetzungen dafür, dass das tschechoslowakische Flugwesen die bedeutende Aufgabe erfüllt, die ihm zufällt". Die Produktion liefere durchaus vollkommene, technisch fortschrittliche Maschinen, was betont werden müsse, weil die Amerikaner alle möglichen Märchen über ihre Luftüberlegenheit verbreiten, in Wirklichkeit aber durch diese hysterische Kraftmeierei nur den Abwehrwillen der Völker lähmen wollen. Die sowjetische Luftwaffe, der es die tschechischen Flieger gleich tun wollen, sei, so betonte Cepicka, wie im letzten Krieg jeder anderen Luftwaffe überlegen.

Die tschechische Bevölkerung scheint von dieser Kriegshysterie

wenig begeistert zu sein. So werden jetzt heftige Klagen darüber geführt, dass sich die Jugendlichen bei den verschiedenen Wettbewerben zur vormilitärischen Erziehung zu gern drücken. Bei einem militärischen Wettbewerb in Teplitz hätten sich z.B. nur 44, in Reichenberg nur 103, in Trautenau nur 184 und in Kolin sogar nur 35 Teilnehmer gemeldet. Selbstverständlich ist an die kommunistischen Ortsausschüsse, an die Gliederungen des kommunistischen Jugendverbandes und an den verstaatlichten "Sokol" unverzüglich strengste Weisung erteilt worden, die Säumigen heranzuholen, die geeignet sind, der staatlichen Kriegspropaganda Abbruch zu tun.

(b/B81/17/1/hs)

- - -

### Die Grundlagen und Aussichten einer Flüchtlingspartei

Von Staatsminister Alfred Kubel

In den Wahlversammlungen Schleswig-Holsteins tritt eine Partei auf, die sich ausschliesslich der Interessen der Vertriebenen annehmen will. In Niedersachsen ist es bislang zu einer solchen Parteigründung nicht gekommen. Dennoch fehlt es auch hier nicht an ähnlichen Bestrebungen, genährt aus einer z.T. durchaus verständlichen Unzufriedenheit mit dem Schnecken-tempo, in dem die berechtigten Interessender Vertriebenen behandelt werden. Als typische Beispiele mögen die Flüchtlingsumsiedlung innerhalb der westdeutschen Länder und der Lastenausgleich erwähnt werden.

Dabei übersieht in begreiflicher Verbitterung ein Teil der Vertriebenen, welche durchaus achtbaren Anstrengungen gemacht worden sind, um Hunderttausende von ihnen in die westdeutsche Bevölkerung mit Erfolg einzugliedern. Das oft gehörte Wort: "Die anderen Parteien haben ja nichts für uns getan", ist ebenso oberflächlich wie verallgemeinernd. Die Parteien sind demokratische Einrichtungen, in denen und durch die jedermann für sich und andere etwas tun kann. Man könnte etwa fragen: habt ihr in ihnen euerm Willen den nötigen Nachdruck verliehen? Neben dieser Enttäuschung und Verbitterung, die zu radikalen Übertreibungen führen, gibt es weitere Motive zur Gründung einer Flüchtlingspartei, die auch sonst häufig genug zu Parteibildungen führten. Es sind das: das Geltungsbedürfnis und das materielle Interesse solcher Menschen, die in der Politik ein geeignetes Mittel sehen, beide Faktoren als Parteiführer zu befriedigen.

Man muss sich bei einem solchen Vorhaben zunächst über die irri-

ge Voraussetzung klar werden, dass es sich bei den Massen der Vertriebenen um einen Personenkreis mit im wesentlichen gleichlaufenden Interessen und Anschauungen handele. Das mag für gewisse Tagesnöte durchaus zutreffen. Man kann aber keine politische Partei gründen, die <sup>die</sup> an der Oberfläche unseres Geschehens liegenden Tagesnöte zu lindern als ihre wesentliche Zielsetzung betont. Eine politische Partei soll unser öffentliches Leben nach politischen Grundauffassungen gestalten helfen. Eine Flüchtlingspartei würde etwa bei einer Stellungnahme zur Steuerreform, zum Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in der Wirtschaft, zur Sozialisierung unserer Schlüsselindustrie in eine sehr heikle Situation kommen. Sie würde in kurzer Zeit über diese Fragen auseinanderfallen müssen. Die unmittelbaren Tagesfragen, die es für die Flüchtlinge zu lösen gilt, können wirkungsvoll nur von starken Parteien angepackt werden. Selbst wenn man annimmt, dass alle wahlberechtigten Vertriebenen eine solche Partei wählen, würde sie im Bundestag doch ebenfalls nur in Anlehnung an andere Fraktionen praktische Arbeit leisten können. Unser parlamentarisches Leben leidet aber ohnedies bereits genug unter dem Unwesen einer Vielzahl kleiner Parteien. Flüchtlingsparteien für Landtagswahlen aber sind schon deshalb unzweckmässig, weil gerade die Grundsatzfragen unserer Politik nicht mehr in den Landtagen entschieden werden. So werden die Anhänger dieser Flüchtlingspartei zu einer neuen Enttäuschung kommen und immer mehr bereit sein, verantwortungslosen Extremisten als Werkzeug zu dienen.

Auf alle Fälle muss klar sein, dass eine Flüchtlingspartei überhaupt nur dann einige Bedeutung haben kann, wenn ihre Organisationsform und wenn vor allem die Männer, die sie herausstellt, eine solche Partei für die anderen grossen demokratischen Parteien koalitionsfähig macht. Das aber bedeutet eine ganz klare Trennungslinie gegenüber den Extremisten von recht und links. Weder Persönlichkeiten, die in Ausnutzung gewisser sentimentaler gesamtdeutscher Anschauungen mit Hilfstruppen des Bolschewismus zusammenarbeiten, noch solche, die sich der extremen Rechten verschrieben haben, machen eine Flüchtlingspartei koalitionsfähig. Über den Bolschewismus und seine Folgen sollte man den Opfern des Bolschewismus selbst nichts zu erzählen brauchen, aber man muss dennoch warnen, da die Schliche dieser politischen Macht wirklich nur von nüchternen, geschulten und von ihr unabhängigen Politikern erkannt werden können.